

Laibacher Zeitung.

Nr. 265.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 18. November

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1867.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. November d. J. die Aufnahme des gewesenen Secretärs der Generalintendantur der Civilliste weiland Sr. Majestät des Kaisers von Mexico Nikolaus Poliakovits zur Conceptdienstleistung bei dem k. k. Obersthofmeisteramte unter gleichzeitiger taxfreier Verleihung des Titels und Ranges eines k. k. Hofconcipisten allergnädigst zu genehmigen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 17. November.

In der römischen Frage wird es allmählig etwas lichter. Nach einer Wiener Correspondenz der „Köln. Ztg.“ scheint es bereits festzustehen, daß Rom diesmal mit sich reden lassen wird. Es sind Andeutungen nach Wien gelangt, dahingehend, daß die päpstliche Curie, um sich dem größeren Uebel der Entscheidung durch eine jeden falls nicht ausschließlich katholische und selbst in ihren katholischen Elementen den Dingen dieser Welt eine sehr rege Aufmerksamkeit zuwendende Conferenz zu entziehen, sich entschlossen habe, das kleinere Uebel einer Verständigung mit Frankreich und Italien zu wählen, und es soll sogar bereits die Basis gefunden sein, auf welcher sich eine solche Verständigung aufbauen lassen würde, eine Basis, welche allerdings einstweilen den status quo thatsächlich unangetastet ließe, aber principielle Festsetzungen in sich schloffe, die der definitiven Lösung allerdings präjudiciren.

Die römische Frage wird übrigens gleich in der ersten Sitzung des gesetzgebenden Körpers in Paris zum Gegenstande zweier Interpellationsanträge gemacht werden: der eine, im clericalen Sinne, wird von den Herren Kolb-Bernard, Michou, De Chambrun und Hallez-Claparède; der andere, im Sinne der liberalen Opposition, von den Herren Marie, Garnier-Pagès und Jules Favre ausgehen. Wenn einer dieser Anträge zugelassen werden sollte, so würde Herr Thiers mit einer Rede zu Gunsten der weltlichen Macht, welche zugleich eine strenge Beurtheilung der italienischen Politik der Regierung enthielte, in die Debatte eintreten. Auch im Senat soll eine Interpellation über denselben Gegenstand zu gewärtigen sein; man nennt als die Urheber derselben die Herren Baron Dupin, Duc de Padoue, Monnier de la Esferanne, Amédée, Thayer und Baron Bourgueney.

Was den Kaiser Napoleon selbst betrifft, so ist in maßgebenden Kreisen die Annahme verbreitet, daß derselbe sich in Beziehung auf Deutschland durchaus friedlich, in Beziehung auf die römische Frage entschieden günstig für die Souveränität des Papstes aussprechen werde. Der letztere Punkt beherrscht augenblicklich alle übrigen Interessen der auswärtigen Politik, und man wird sich Preußen angenehm zeigen, um dasselbe für die französischen Anschauungen betreffs Roms zu gewinnen.

Oesterreich schreibt man in der römischen Frage eine zurückhaltende Politik zu, welche sich bemüht, auszugleichen und im diplomatischen Wege nach allen Seiten hin, wo Keime eines Krieges sich zu entwickeln beginnen, möglichst versöhnend zu wirken. Eine Wiener Correspondenz der „Köln. Ztg.“ versichert, daß die österreichische Regierung sich durchaus nur von der Ansicht leiten lasse, daß Oesterreichs innere Lage ihm eine Friedenspolitik vorschreibe. Dieser Aufgabe sei der Reichskanzler auch in Paris bezüglich des gespannten Verhältnisses zwischen Frankreich und Preußen gerecht geworden. Nur in dem einen Falle, wenn das unabwiesliche Gebot der Selbsterhaltung es erheischt, würde jede Rücksicht vor Oesterreich und Oesterreich zur Vertheidigung seiner Existenz die Waffen ergreifen müssen. Ein solcher Fall wäre es z. B., wenn Rußland einseitig und gewaltsam an die Lösung der orientalischen Frage auf Kosten Oesterreichs gehen wollte. Tritt dieser oder ein ähnlicher Fall jedoch nicht ein, so wird Oesterreich von allen europäischen Differenzen, die es durch seine Vermittlung nicht beilegen kann, sich grundsätzlich fernhalten und alle seine Kraft der inneren Reorganisation auf liberaler Grundlage, der Verschmelzung seiner verschiedenen, einander noch widerstrebenden Nationalitäten zu einem einheitlichen Verfassungsstaate, der geistigen und finanziellen Kräftigung der Bevölkerung widmen, um, wenn die Umstände, wieder als eine imposante, compacte, mit Nachdruck auftretende Macht seine Stimme bei der Regelung

der Staatengeschichte unseres Welttheiles in die Waagschale zu legen.

Aus dieser, durch die innere Nothwendigkeit gebotenen Haltung Oesterreichs während einer noch nicht bestimmbareren Zeitperiode ergibt sich auch die Stellung, die es einnehmen müßte, falls es etwa dennoch, trotz aller diesseitigen Gegenbemühungen, zwischen Preußen und Frankreich zum Kriege kommen sollte. Wie sehr auch die Sympathien Oesterreichs auf preussischer Seite stehen mögen, so wird doch Preußen, wenn es alle oben angeführten Gründe für die gänzliche Zurückhaltung Oesterreichs erwägt, von diesem billigerweise eine active Allianz gegen Frankreich nicht verlangen, sondern höchstens die unbedingte Neutralität ihm zumuthen können; eine solche erscheint auch in anderer Hinsicht, seit Oesterreich gezwungen worden ist, definitiv aus Deutschland auszuscheiden, in jedem der beiden Fälle, welcher der kriegsführenden Theile auch obliegen mag, als die den österreichischen Interessen allein angemessene Stellung. Es ist anzunehmen, daß in Paris diese Auffassung von der Aufgabe Oesterreichs in dem bezeichneten Kriegsfalle weder den französischen, noch den preussischen Staatsmännern von österreichischer Seite vorenthalten worden ist.

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 14. November.

(Schluß.)

Se. Excellenz Reichskanzler Freiherr v. Beust: Wenn ich je mit mir darüber im Zweifel war — was einem Minister begegnen kann — ob ich mir das Wort zu erbitten habe, so war dies bei der gegenwärtigen Verhandlung der Fall. Vorgestern sowohl, als gestern, so oft die Debatte sich ihrem Ende zuneigte, mußte ich mir die Frage vorlegen, ob ich wohl daran thue. Am ersten Tage hat die Debatte über einen Gegenstand, von dem ich weiß und wohl begreife, daß er dem h. Hause ein sehr sympathischer nicht ist, sich in einer so schonenden Weise bewegt, daß ich mich wohl fragen mußte, ob die Regierung wohlthue, in diesen glatten Meeresspiegel Furchen zu ziehen.

Am nächsten Tage sind die Wogen schon höher gegangen, aber da wurden die Angriffe, die gegen die Vorlage gerichtet wurden, durch zwei so glänzende und so tief eingehende Reden bekämpft, daß mein nächster Gedanke der war und sein mußte: was kann die Regierung dem noch hinzufügen? kann ihre Aeußerung diesen Eindruck erhöhen oder nicht vielmehr stören?

Der nächste Gedanke, der aber auch in mir aufstieg und dem ich hier doch vor allem Ausdruck geben muß, war der, und dieser Gedanke ist noch heute verstärkt worden durch die Rede, die wir eben vernahmen: Wenn so bewährte Patrioten, wenn so erprobte Vertreter des verfassungsmäßigen Fortschrittes der neuen Ordnung der Dinge das Wort reden, dann kann mit Beruhigung auf diese geblickt werden, dann kann man getrost der Zukunft entgegensehen, dann ist die Ordnung der Dinge nicht bloß der Ausfluß einer zwingenden Nothwendigkeit, sie birgt auch die Keime einer besseren Zukunft, und es werden sich Hände finden, diese Keime zu pflanzen und auszubilden.

Es haben diese geehrten Redner an die Regierung bei dieser Gelegenheit keine Ermahnung gerichtet, aber die Regierung selbst erkennt darin eine Ermahnung und sie wird diese gewiß zu jeder Zeit zu beherzigen wissen.

Nun aber, meine Herren, habe ich dennoch Manches auf dem Herzen und ich muß es aussprechen, wenn gleich die ganze Debatte einen solchen Verlauf genommen hat, daß ich — ich muß mich dieses Ausdruckes bedienen — nicht gerne noch viel Staub aufwühlen möchte.

Meine späteren Aeußerungen werden aber darlegen, warum ich doch auf einige Gegenstände eingehe, die hier nicht erwähnt wurden.

Was den zur Berathung vorliegenden Gegenstand betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß es mir für die Regierung schwer scheint, viel Neues dem hinzuzusetzen, was von den von mir genannten Rednern gesagt worden ist.

Ich werde daher in dieser Beziehung mich auf sehr wenige Worte zu beschränken haben.

Ich bemerke zunächst, daß ich keine Veranlassung finde, darauf einzugehen, was nicht bloß in Bezug auf das Delegationsgesetz, sondern was auch über den Ausgleich, über den Dualismus im allgemeinen gesagt wurde.

Ich habe allerdings gehört und gelesen, man erwarte von der Regierung eine gründliche Darlegung derjenigen Gründe, welche für die Berechtigung des Dualismus sprechen.

Aber, meine Herren! Wenn dieser Standpunkt noch nicht überwunden ist, dann sind wir noch sehr ferne — wie wir es aber glücklicher Weise nicht sind — von der endlichen Vollendung unseres Verfassungsbaues.

Die geehrten Herren, welche gegen Ausgleich und gegen Dualismus sprachen, haben uns allerdings versichert, ihre Absicht sei nicht gegen den Ausgleich und gegen den Dualismus gerichtet, sondern dahin, eine bessere Modalität dafür zu gewinnen. Das mag ihre Absicht sein, ihre Worte aber entsprachen dem nicht; ihre Worte gingen dahin, Ausgleich und Dualismus, ja sogar jede Verständigung mit Ungarn umzuwerfen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das, was sie als Erfas für die jetzt gewonnene Modalität uns an die Hand geben, etwas ist, was bekanntlich Ungarn wiederholt und beharrlich abgelehnt hat, und wir daher auf diesem Wege nicht fortkommen, sondern wieder auf einen neuen Weg gewiesen würden.

Wie groß aber auch in Oesterreich die Verschiedenheit der Ansichten und Parteigruppierungen ist, über Eines scheint mir die öffentliche Meinung einen sehr festen Halt gewonnen zu haben, nämlich darüber, daß nichts verberlicher ist als das häufige Wechseln der Wege, die man wandelt, sondern daß vor allen Dingen auf einem Wege vorgegangen werden muß. Deshalb halte ich es nicht für zuträglich, auf solche Einwendungen einzugehen, welche eine Frage aufs neue aufrühren, die wir wohl als gelöst betrachten dürfen.

Derjenige geehrte Abgeordnete, der gestern in so ausführlicher Rede auf diese Frage zurückkam, hat, so viel ich mich erinnere, nicht Gelegenheit genommen, bei der Adressdebatte dieses Thema zu berühren, wo damals die Regierung bereit sein mußte, ausführlich darauf einzugehen.

Was nun das Delegationsgesetz betrifft, so kann ich mit vielen anderen geehrten Rednern darin übereinstimmen, daß dieses Institut ja gewiß nicht das Ideal constitutioneller Vollkommenheit sei; die Regierung hat sich auch nicht zur Urheberschaft desselben zu bekennen, es wäre ein nutzloses Bemühen, die Mängel, die ihm ankleben, hinwegzuleugnen zu wollen, allein wie dies auch von anderen Seiten in sehr dankenswerther Weise hervorgehoben worden ist, beruhen theilweise diese Mängel nicht in dem Institute selbst und dessen Anlage, sondern in Vorstellungen und Voraussetzungen, von denen erst abzuwarten ist, ob die Wirklichkeit sie auch hervortreten läßt; es gilt dies namentlich von der zum Axiom gewordenen Behauptung, daß die ohnedies lästige Parität überdies nur eine scheinbare sei, daß die diesseitige Deputation stets uneinig, die jenseitige stets einig, daß die Majorität der diesseitigen Deputation bei der Plenarabstimmung zur Minorität werden wird.

Dies kann alles sehr anders kommen. Ich erinnere nur daran, daß bei der Absendung der ungarischen Ausgleichsdeputation diese auch nicht als der Extract der ungarischen Majorität erschien, sondern daß auch Männer von Bedeutung in sie abgedenkt wurden, die außerhalb dieser Majorität standen, und wenn ganz natürlicher Weise bei dieser Verhandlung ein gemeinsames Interesse die verschiedenen Parteistandpunkte vereinigte, so wird das bei den Gegenständen, die in den Delegationen zu behandeln sein werden, kaum immer der Fall sein.

Noch weniger scheint mir das mit apodiktischer Gewißheit behauptet werden zu können, daß die diesseitige Deputation im Gegensatz zur ungarischen eine getheilte und gespaltene sein werde.

Ich glaube das Gegentheil, ich glaube, daß die Parteinungen, die im Reichsrathe zuweilen hervortreten, im engeren Kreise der Delegationen weniger sich fühlbar machen werden, weil die Gegenstände, die dort zu verhandeln sind, weit weniger Stoff bieten werden, daß diese Parteinungen und Nationalitätengruppirungen dort hervortreten. Dazu kommt, daß erfahrungsmäßig in einem engeren Kreise Verschiedenheiten der Ansichten und Parteistandpunkte sich stets leichter ausgleichen und versöhnen, als in einem weiteren. Ganz besonders grundlos aber halte ich die Befürchtung, daß für die wichtigsten Lebensfragen, wie die Frage des Krieges und des Friedens, in diesen Delegationen eine geringere Garantie für die Controle der Regierung und für einen Widerstand gegeben sei, als in einer weiteren und gemeinsamen Vertretung.

Wenn überhaupt an diese Institution, nämlich an die Competenz der Delegationen für die Frage des Krieges und des Friedens eine Befürchtung sich knüpfen ließe, so würde diese viel eher auf Seite der Regierung als der Volksvertretung gerechtfertigt erscheinen. Ich meine theils, wie die ganze jetzige Regierung, haben sich die Aufgabe gestellt darüber zu wachen, daß der Friede erhalten bleibe. Diese Befürchtung wird also für die jetzige Regierung nichts Beunruhigendes sein. Aber wenn ich mir abstract und objectiv die Sache denke, so kann ich mir sehr wohl vorstellen, daß diese Combination gerade für die Regierung, die einmal in den Fall käme, an die Kriegsfrage heranzutreten, etwas sehr Beengendes sein könnte, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn eine Regierung in diesen Fall kommt, so muß sie ihr Bemühen dahin richten, die Volksvertretung für die Möglichkeit, für die Nothwendigkeit, für die Unabweislichkeit eines Krieges zu erwärmen und zu begeistern. Das ist in einer größeren Versammlung unter Umständen möglich; in einem engeren Kreise, wo die nüchterne Anschauung viel mehr die Oberhand gewinnt, ist dies viel schwerer und doppelt schwer, wo noch eine Spaltung eintritt, wo zwei Vertretungen neben einander zu sprechen haben, und dazu kommt nun noch, was auch nicht allein auf die Frage des Krieges und des Friedens Bezug hat, sondern auch auf die Frage der Sparsamkeit in Bezug auf die wichtigen Angelegenheiten, welche den Delegationen zugewiesen sind, daß die Delegationen, die — wie § 6 des vorliegenden Entwurfes sehr richtig hervorhebt — der Ausfluß des Reichsrathes immer sein werden, gegen den Reichsrath immer eine, wenn auch nicht auf dem Papiere stehende, doch vorhandene moralische Verantwortung haben, und daß daher ein Ueberstürzen, ein leichtsinniges Vorgehen in allen diesen Beziehungen von Seite der Delegationen gewiß nicht erwartet werden darf, und namentlich nicht in der Frage des Krieges und des Friedens.

Ich möchte beinahe hier die beruhigende Bemerkung einschalten, daß nach dem ganzen Laufe, den die Debatte genommen hat, die Delegirten, die wir hier beschließen, auch die Sendboten des Friedens für das Innere zu werden versprechen.

Bei der Specialdebatte wird die Regierung Gelegenheit haben, noch auf andere Gesichtspunkte zurückzukommen und sich über die Anschauungen zu verbreiten, die ihr bei der Zusammensetzung der Delegation namentlich vorgeschwebt haben; bei dieser Gelegenheit wird vielleicht auch der Anlaß geboten sein, nachzuweisen, daß in Bezug auf die Bedeutung und Tragweite dieser Institution von der einen Seite viel zu große Befürchtungen, von der anderen viel zu große Erwartungen gehegt werden und daß hier die goldene Mittelstraße eine solche ist, die nur Nutzen und keinen Nachtheil nach allen Seiten verspricht.

Was ich nun aber noch zu sagen habe, meine hochgeehrten Herren, das hat mit dem zunächst vorliegenden Gesetze nur einen mittelbaren Zusammenhang.

Es hat sich, wie gestern ein geehrter Redner nicht mit Unrecht hervorhob, gleich einem rothen Faden durch die Berathung die Anschauung gezogen, daß man es hier mit gewissen „zwingenden Thatfachen“, wie man sich ausgedrückt hat, mit einer gewissen „Zwangslage“ zu thun hat. Hätte der Bericht des geehrten Ausschusses und hätten die Aeußerungen, welche sich daran angeschlossen haben, sich darauf beschränkt, auf das Vorhandensein dieser die Situation beherrschenden Thatfache hinzuweisen, so würde ich gewiß kein Wort darüber verlieren; allein das ist nicht geschehen, und es ist sowohl in der betreffenden Stelle des Ausschussberichtes, als auch bei den einzelnen Aeußerungen einiger Redner in ziemlich vernehmlichen Worten ein Vorwurf damit verbunden und auf das Ministerium eine ziemlich schwere Verantwortung zurückgeworfen worden, für die Schwächen und Nachtheile des Ausgleiches, für das Vorhandensein der Thatfachen, die eben die Sachlage beherrschen.

Meine Herren! ich hätte gewünscht, es hätte das unterbleiben können, nicht etwa — ich bitte das zu glauben — aus einer persönlichen Empfindlichkeit, das ist meine schwache Seite, wie Sie, m. H., hoffentlich erkannt haben werden, nicht; man muß sich im öffentlichen Leben auch den Tadel gefallen lassen, wo man sich der besten Absichten bewußt ist; ja man muß sich ihn wünschen, da es kein Licht ohne Schatten gibt.

Hier handelt es sich aber nach meiner Auffassung nicht um das Ministerium und noch weniger um meine Person, obgleich ich, wie ich offen erklären muß, der einzige unter den gegenwärtigen Ministern bin, den hiebei eine Verantwortung treffen könnte.

Es handelt sich um die Sache, es handelt sich um das Regierungssystem, welches sich im Großen und Ganzen der Zustimmung des h. Reichsrathes erfreut, es handelt sich sogar um den Verfassungszustand, der hier in diesem h. Hause seinen Halt und seinen Träger findet. Ich werde mir erlauben, diese Gedanken verständlich zu machen.

Bei der Rede, die ich anlässlich der Adressdebatte in diesem hohen Hause zu halten Gelegenheit hatte, habe ich mich über die Umstände, unter denen die Regierung eine Verständigung mit Ungarn für nothwendig, für dringend geboten erachtet, ausführlich verbreitet.

Meine Ausführungen schienen damals den Beifall des h. Hauses zu erhalten. Was seitdem geschehen ist, war, glaube ich, nicht geeignet, an einer solchen Auffassung etwas zu ändern. Es hat sich mehr und mehr herausgestellt, daß die Verständigung mit Ungarn der Ausgangspunkt einer besseren Zeit, der Ausgangspunkt eines verfassungsmäßig geregelten Zustandes, eines liberalen Fortschrittes, der Ausgangspunkt einer Gestaltung der Dinge war, bei der das Ansehen und die Stellung Oesterreichs nach außen sich gehoben und gekräftigt hat.

Bei jenen Ausführungen habe ich nicht unterlassen zu bemerken, wie ich sehr wohl erkenne, daß bei dem damaligen Uebereinkommen manches ungenügend und unbefriedigend geblieben sei, und ich fügte hinzu, daß, obgleich ich die Verantwortung nicht von mir weisen ich gleichwohl bemerken müsse, wie ich die darauf bezüglichen Verhandlungen in zweiter und nicht in erster Linie zu führen gehabt habe.

Ich muß heute darüber etwas deutlicher werden, aus dem oben angeführten Grunde, weil es sich für mich hier um die Sache und nicht um die Person zu handeln scheint.

Es wurden nämlich jene Verhandlungen, welche allerdings zur unwiderruflichen Grundlage für den Ausgleich wurden, im Jänner d. J. geführt, zu einer Zeit, wo ich Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern allein war, so daß meine Thätigkeit in jenen Verhandlungen, wenn ich mich dieses Ausdruckes bedienen darf, mehr eine diplomatische zu sein den Beruf hatte, sie bestand nämlich darin, die Verhandlungen in Fluß zu bringen und im Fluße zu erhalten. Den materiellen Theil der Verhandlungen zu übernehmen, entsprach weder meiner damaligen Stellung, noch meiner damaligen Befähigung, da ich eben erst nach Oesterreich gekommen war.

Meine Herren, es widerspricht nichts mehr meinen Neigungen und Gewohnheiten, als in die Discussion Personen zu ziehen, die nicht anwesend und nicht vertreten sind, ich muß es hier thun, um der Sache willen — ich darf es thun, weil ich zugleich einen Abwehrenden vertheidigen und mit voller Ueberzeugung das wiederholen kann, was ich schon in meiner ersten damaligen Rede sagte: Hätte man bei jenen Verhandlungen sich zäher und hartnäckiger gezeigt, man wäre zu keinem Resultate gekommen und wir stünden heute noch ferne von dem Umschwunge, der eingetreten ist, den man freudig begrüßt hat und der eine mittelbare Folge jenes Uebereinkommens war.

Nun aber, hochgeehrte Herren, und darauf war es nur meine Absicht hinzukommen, wird man wohl begreifen, daß, indem man für die Schwächen und Nachtheile des Ausgleiches mit Ungarn das gegenwärtige Ministerium in ziemlich vernehmlichen, ja herben Worten verantwortlich macht, man jene Opposition unterstützt, welche nicht in diesem Saale, welche außerhalb dieses Saales, welche außerhalb der beiden Häuser des Reichsrathes nicht gegen das Ministerium allein, nicht gegen meine Person allein, sondern gegen das Regierungssystem, gegen die bestehenden Verfassungszustände sich richtet, jene Opposition, welche für das Odium, für die Lasten, die mit dem Ausgleich verbunden sind, das gegenwärtige System im Gegensatz zu dem gefallenen verantwortlich macht.

Ich hoffe, man wird das nicht verkennen. Es ist das gewiß nicht die Absicht gewesen, aber es ist das die unfehlbare Wirkung, und wenn Sie, meine Herren, einen Blick in die öffentlichen Blätter werfen, die nicht hier, sondern fern von hier erscheinen, so werden Sie den Beweis dafür finden. — Fern ist es von mir, mich mit dieser Aeußerung gegen den Theil der Bevölkerung zu wenden, der dem gegenwärtigen Verfassungszustand, der den Berathungen dieses h. Hauses sich zögernd und abweisend gegenüber verhält; ich werde nie den Grundsatz verleugnen, auch den politischen Gegnern gegenüber Achtung und Schonung zu zeigen; ich rede nicht gegen diese Bevölkerung, deren Zurückhaltung ich beklage, deren allmähliche Versöhnung ich wünsche und hoffe; ich rede hier gegen jene, welche diesen Theil der Bevölkerung abhalten, sich hier mit uns zu vereinigen, und ich kann nicht wünschen, daß diesen Waffen in die Hand gegeben werden! (Rufe: Sehr gut!)

M. H.! Man hat uns gesagt: „Ja, die Regierung, warum hat sie sich überstürzt, warum ist sie einseitig vorgegangen, warum hat sie dem Reichsrathe nicht rechtzeitig Gelegenheit gegeben, seine Stimme vernehmen zu lassen und damit bessere Bedingungen, bessere Vereinbarungen zu ermöglichen?“ Nun, m. H., Sie können wohl glauben, daß wenn dies mit einiger Aussicht auf Erfolg möglich gewesen wäre, die Regierung mit beiden Händen zugegriffen haben würde, um sich ihrer Verantwortlichkeit, deren ganze Schwere sie fühlt, zu entledigen. Auch die Einwendungen oder Bemerkungen kann ich nicht gelten lassen, die hiebei weiter gehen, und ich bestätige darin ganz das, was der letzte geehrte Herr Redner sagte: auch wenn hervorragende Mitglieder und Vertrauensmänner aus diesem h. Hause früher auf diesen Plätzen sich eingefunden hätten, es hätte an dem Gange der Dinge nichts geändert, es wäre nur der zweifache Fall eingetreten, daß entweder die Dinge genau so gekommen wären, wie sie gegangen sind, oder daß der ganze Ausgleich, die ganze Verständigung mit Ungarn wieder über den Haufen geworfen worden wäre — damit aber auch noch vieles

andere, dessen Erhaltung man dabei wahrscheinlich gewünscht hätte.

Ich muß mich, um ganz deutlich und verständlich zu werden, darüber noch einmal verbreiten, was der Verlauf und das Endresultat jener Verhandlung vom Jänner d. J. war.

Nachdem auf dem Wege der Verständigung mit Ungarn, auf dem man sehr weit gegangen war — so weit, daß man vorwärts mußte und kaum mehr zurück konnte, gleichwohl mit dem Mittel der königlichen Rescripte auf der einen, der Resolutionen und Adressen des ungarischen Landtages auf der anderen Seite — nicht vorwärts zu kommen war, wurde beschlossen — und ich bekenne mich hiezu Anlaß gegeben zu haben, und ich rühme mich dessen — einflußreiche Mitglieder des ungarischen Landtages nach Wien einzuladen und mit ihnen in directe und mündliche Berathung zu treten.

Diese Verhandlung fand statt und sie bestand darin, daß das von der sogenannten 15er Commission gearbeitete Operat einer gründlichen Revision unterzogen wurde, und nachdem man sich über die darin vorzunehmenden Amendements verständigt hatte, wurde vereinbart, daß, wenn in Ungarn die 67er Commission das auszuarbeitende Elaborat im entsprechenden Sinne liefere, das ungarische Ministerium dieses Elaborat in übereinstimmender Weise wieder bei dem ungarischen Landtage zur Annahme bringe, dann auch die Sanction erfolgen werde.

Hieraus entnehmen Sie allerdings, meine Herren, daß sehr bestimmte Verpflichtungen damals eingegangen worden sind, und wenn Sie mir da vorhalten, daß dabei Verschiedenes verabsäumt worden sei, so habe ich schon einmal bemerkt, daß ich diese Lücke sehr wohl gefüllt habe; aber hier handelte es sich nur darum, ob man vorwärts kommen wollte, vorwärts kommen müsse, oder nicht, und in zwei Punkten sage ich Ihnen, obzwar ich damals in zweiter Linie in der Verhandlung stand, daß ich das mit voller Ueberzeugung erkannt habe, wie weder in Bezug auf die Staatsschuld, noch auf das Princip der Delegationen etwas zu erreichen war. Man hatte sich einmal auf den Standpunkt der ungarischen Verfassung gestellt, und nachdem diese Basis einmal angenommen war, da mußte man auch die Folgen dieser pragmatischen Lage anerkennen, und auf dieser Basis stehend konnten die Abgesandten des ungarischen Landtages nie darauf eingehen, über die Schuld von einem anderen Standpunkte als dem der Verhandlung — und nicht auf jenem der Verpflichtung zu unterhandeln. Und was das Delegationsproject betrifft, so brauche ich nicht hervorzuheben, weil es eben bekannt ist, wie das „vestigierterre“ die Ursache war, daß der Widerstand gegen jede andere Form, welche eben die parlamentarische gewesen war, in Ungarn ein so starkes geworden.

Nachdem aber nun einmal diese Verpflichtungen eingegangen waren, die auch Ungarn gegenüber ehrlich gehalten worden sind, mußte man erkennen — und das hat sich die Regierung zur Aufgabe gemacht — daß, wie man in Ungarn einmal die Verfassung hergestellt und ehrlich handzuhaben gelobt hatte, auch auf der anderen Seite die Verfassung völlig uneingeschränkt wieder hergestellt und ihre anfrichtige Handhabung in Angriff genommen werden müsse. So ist verfahren worden und es ist daher der Preis, den ein geehrter Herr Abgeordneter von dieser Seite des Hauses (links) in der Berathung des ersten Tages für die zu bringenden Opfer forderte, von der Regierung nicht allein geboten, sondern, ich glaube, auch gewährt worden. Wenn dieser geehrte Herr Redner an die Regierung die Ermahnung richtet, sie möge auf der von ihr so gerne betonten Bahn ausharren und sie nicht verlassen, so glaube ich, die Regierung hat sich dieser Ermahnung nicht bedürftig gezeigt, ich glaube sie wandelt auf dieser Bahn und betont sie nicht bloß. Es muß dieser geehrte Redner wissen, daß es sich auf dieser Bahn von dem Plage aus, wo er steht, leichter bewegt, als von dem Plage, auf dem wir stehen, und er weiß wohl auch, daß auf dieser Bahn in der Zeit nach der Sistierungsperiode manche Anhöhe erstiegen worden ist, die in der Zeit vor der Sistierungsperiode nicht erreicht, ja zuweilen nicht einmal beschritten worden ist. (Sehr gut!)

Ein anderer geehrter Redner von dieser Seite des Hauses (links) richtete freilich nicht eine Ermahnung an die Regierung, sondern eine Warnung an das Haus. Er warnte vor einem gewissen Geschie, mit welchem dem h. Hause Beschlüsse ausgenöthigt würden. Nun, meine Herren, wenn wirklich, wie es mir die Anschauung des geehrten Redners zu sein schien, die Regierung, wenn wirklich — um noch deutlicher zu sein — ich selbst die Aufgaben der Regierung nur darin erblickt haben würde, mit prunkenden Erfolgen nach außen zu glänzen, ja, da hätte ich bei dem Triumphzuge, von dem er sprach, in der That Aufsehen machen können, wenn ich dieses Compliment mit auf den Weg genommen hätte. Und wenn ich erst das „Mädchen aus der Fremde“ mitgenommen hätte — was hätte ich erst da für Geschäfte gemacht! (Heiterkeit.) Aber die constitutionelle Casette, worin der geehrte Herr Redner Absolutismus und Unterdrückung der Majoritäten gefunden haben will, die ist ausgestellt worden. Es haben manche begierige, nicht immer wohlmeinende Blicke hineingehaut: aber ich kann versichern, das, was der geehrte Redner in der Casette gefunden, hat niemand darin entdeckt. (Heiterkeit.)

Ich muß aber noch dem geehrten Herrn Redner recht dankbar sein, daß er seine Parodie von jenem Schiller'schen Liebe nicht ganz gegeben hat.

Ich möchte beinahe glauben, daß, wenn er sagt, man wußte wohl, woher sie kam, doch weiß man nicht, wohin sie will, er eigentlich sagen wollte:

Man wußte wohl, woher sie kam, allein man weiß nicht, wann sie geht. (Heiterkeit.) Nun, der Herr Abgeordnete wird daraus ersehen, daß ich für eine humoristische Auffassung auch eines ernstigen Gegenstandes nicht unempfänglich bin. Indef ich glaube, doch auch ein ernstes Wort an ihn richten zu sollen. Ein Mann, den der Kaiser auf diesen Platz gestellt hat, den eine nicht geringe Zahl böhmischer Städte zu ihrem Ehrenbürger ernannt hat, den eine böhmische Handelskammer in den böhmischen Landtag gesendet hat und dem dieser Landtag die Ehre erwiesen hat, ihn in den Reichsrath zu senden, der, glaube ich, hat Anspruch darauf, nicht als ein eingewandter Fremder, sondern als ein eingebürgerter Oesterreicher betrachtet zu werden. (Allgemeiner Beifall.)

Um noch einmal auf die Aeußerung von der Unmöglichkeit der Beschlüsse und darauf zurückzukommen, wie der geehrte Herr Abgeordnete auch sagt, daß engere Kreise gezogen würden, so ist das eben ein Compliment, welches die Regierung nicht annehmen kann, und eben so wenig wie das h. Haus nicht geneigt schiene, seine Zustimmung dazu zu geben, so könnte die Regierung diese Auffassung auch nicht als die richtige anerkennen. Jeder unbefangene Beobachter dessen, was seit dem Zusammentritte des Reichsrathes sich ereignet hat, wird eine solche Auffassung nicht gewinnen, der wird nicht finden, daß auf der einen Seite etwa die Regierung durch den Reichsrath oder der Reichsrath durch die Regierung in die Enge getrieben worden sei.

Wohl wird er aber erkennen, daß nach der Verchiedenheit der Fälle, so oft es sich darum handelte, das zu thun, was das öffentliche Wohl gebietet, man sich gegenseitig gewichen ist und eben darum auch sich nicht getrennt hat. Dieser Rückblick läßt mich auch für die Zukunft das freudigste Vertrauen fassen, es werden auch auf diesem Wege der Verständigung die Fragen, welche die Gemüther lebhaft bewegen, ihre befriedigende Lösung finden, und ich glaube auch eben deshalb den Wunsch ohne Mißdeutung aussprechen zu dürfen, daß eine Verständigung irgend welcher Art hier vermieden werden möchte.

Zwar hat die Regierung in dem Antrage des geehrten Herrn Abg. Dr. Reichbauer ein Mißtrauensvotum, das gewiß nicht in seiner Absicht liegt, nicht zu erkennen, weil sie das Bewußtsein hat, zu einem solchen in keiner Weise Anlaß gegeben zu haben; die Regierung wünscht aber lebhaft, daß man vorwärts komme. Die Regierung ist der Ansicht, daß sämtliche Gesetze, die sich auf den Ausgleich und auf die Verfassung beziehen, ein untrennbares Ganzes bilden, welche zusammen auch der Sanction unterzogen werden. (Bravo! Bravo!) Man erleichtere aber der Regierung hier ihr rasches Vorgehen. Jede Verzögerung auf der einen Seite zieht eine Verzögerung auf der anderen Seite nach sich, jedes entschiedene Vorgehen auf der einen Seite hat auch ein entschiedenes Vorgehen auf der anderen Seite zur Folge.

Meine Herren! Geben Sie einen Beweis des Vertrauens nicht für das Ministerium, denn das Vertrauen läßt sich nicht erbitten, sondern nur gewinnen, geben Sie einen Beweis des Vertrauens in das endliche Zustandekommen unseres Verfassungswerkes; geben Sie dem Triumphzuge, da das Wort nun einmal gebraucht worden ist, das ich aber in ein bescheideneres übersezen will, geben Sie der Huldigung, die dem erhabenen Herrscher des im constitutionellen Leben wieder erstarkenden Oesterreichs vom Auslande dargebracht wurde, geben Sie ihr die Weihe der Besiegelung, indem Sie rüstig und vertrauensvoll an die Vollendung des Baues gehen, auf den die Freunde Oesterreichs hoffnungsvoll ihre Blicke richten. (Lebhafter Beifall.)

Die Generaldebatte wird geschlossen.

Berichterstatter Dr. Brestl rechtfertigt in längerer Rede den Ausschußantrag gegen die Angriffe, die derselbe erfahren hatte.

Es wird zur Abstimmung geschritten und bleibt hierbei der Vertagungsantrag des Abg. Skene in der Minorität (für denselben etwa 15 Mitglieder.)

In der Specialdebatte wird § 1 (übereinstimmend mit den Bestimmungen des Art. 12 des 67er Elaborats) ohne Debatte angenommen. Er lautet:

G e s e z,
betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung; wirksam für Böhmen, Dalmatien, Galizien mit Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Wäyren, Schlesiens, Tirol, Vorarlberg, Göz und Gradiaca, Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde ich in Ergänzung des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung nachstehendes Gesetz zu erlassen:

§ 1. Nachfolgende Angelegenheiten werden als den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone gemeinsame erklärt:
a. Die auswärtigen Angelegenheiten mit Einschluß der diplomatischen und commerciellen Vertretung dem Auslande gegenüber, so wie die in Betreff der internationalen Verträge etwa notwendigen Verfügungen, wobei jedoch die Genehmigung der internationalen Verträge, in so weit eine solche verfassungsmäßig notwendig ist, den Vertretungsgörnern der beiden Reichshälften (dem Reichsrathe und dem ungarischen Reichstage) vorbehalten bleibt;

b. das Kriegswesen mit Inbegriff der Kriegsmarine, jedoch mit Ausschluß der Recrutengewinnung und der Gesetzgebung über die Art und Weise der Erfüllung der Wehrpflicht, der Beschäftigung hinsichtlich der Dislocirung und Verpflegung des Heeres, ferner der Regelung der bürgerlichen Verhältnisse und der sich nicht auf den Militärdienst beziehenden Rechte und Verpflichtungen der Mitglieder des Heeres;

c. das Finanzwesen rücksichtlich der gemeinschaftlich zu bestreitenden Auslagen, insbesondere die Festsetzung des diesjährigen Budgets und die Prüfung der darauf bezüglichen Rechnungen.

Präsident: Es sind nur 4 Mitglieder dagegen, alle übrigen Mitglieder, mithin mehr als die nothwendige Zweidrittelmajorität, dafür.

(Dagegen stimmen: Stamm, Korb, Hanisch, Skene.) Der § 2 (gleichfalls übereinstimmend mit dem ungarischen Gesetzartikel) lautet:

§ 2. Außerdem sollen nachfolgende Angelegenheiten zwar nicht gemeinsam verwaltet, jedoch nach gleichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden:

- 1. Die commerciellen Angelegenheiten, speciell die Zollgesetzgebung;
 - 2. die Gesetzgebung über die mit der industriellen Production in enger Verbindung stehenden indirecten Abgaben;
 - 3. die Feststellung des Münzwesens und des Geldfußes;
 - 4. Verfügungen bezüglich jener Eisenbahnlirien, welche das Interesse beider Reichshälften berühren;
 - 5. die Feststellung des Wehrsystems,
- kommt zunächst zur Debatte.

Nachdem die Abgg. Szabel und Simonowicz Amendements gestellt und Abg. Wolfrum gegen den § 2 überhaupt gesprochen und der Berichterstatter Dr. Brestl den Ausschußantrag vertheidigt, wird zur Abstimmung geschritten.

Bei der Abstimmung wird der Eingangartikel zu § 2 mit überwiegender Majorität angenommen.

Präsident erklärt, es sei ihm eine Reclamation gegen seinen Ausspruch zugekommen, daß für den § 1 nur 4 Abgeordnete gestimmt hätten. Er habe sich an die Zählung der beiden Vicepräsidenten gehalten.

Bei der Abstimmung werden die Punkte 1 bis 5 des § 2 nach dem Ausschußantrage mit großer Majorität angenommen.

Der Antrag Szabel bleibt in der Minorität.

Präsident constatirt bei jeder einzelnen Abstimmung die Zweidrittelmajorität.

Abg. Dr. Dienstl beantragt Schluß der Sitzung. (Angenommen.)

Präsident schlägt als nächsten Sitzungstag Dienstag den 19. d. M. vor, mit Rücksicht darauf, daß morgen Feiertag in Niederösterreich ist, daß ferner Samstags der Ausschuß über den Bericht der reichsräthlichen Deputation Sitzung halten will und mit Zuhilfenahme des Montag's seine Arbeiten beendigen könnte.

Abg. Zyblikiewicz beantragt als nächsten Sitzungstag Samstag den 16. d. M.; die Majorität erklärt sich gegen diesen Antrag, und wird die nächste Sitzung für Dienstag den 19. d. M. bestimmt.

Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung über das Delegationsgesetz.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 40 Minuten.

Locales.

(Grundsteuerabschreibung.) Wir haben eine für unser Land sehr erfreuliche Nachricht mitzutheilen, welche neuerlich beweist, wach' sorgfältige Würdigung die Bedürfnisse der Bevölkerung am Sitze der Centralbehörden des Reiches finden. Das t. k. Finanzministerium hat für das Verwaltungsjahr 1866 an der t. k. Grundsteuer sammt a. o. Zuschlag einen Betrag pr. 126.124 fl. 20⁵/₁₀ kr. und an Rückständen der Vorjahre einen Betrag pr. 687 fl. 19⁵/₁₀ kr. wegen Ueberbürdung im Grunde der a. b. Entschließung vom 31. December 1864, nach dem von der hiesigen t. k. Finanzdirection einverständlich mit der t. k. Landesregierung gestellten Antrage, zur Abschreibung bewilligt.

(Ausgefundener Leichnam.) Als gestern Abend zwischen 4 und 5 Uhr die Schleusen des Sperrwerkes ober der Rannbrücke im Laibachflusse geöffnet wurden, wälzten die dahinschießenden Wassermassen auch einen menschlichen Körper mit sich fort, was bei den Umstehenden anfänglich die Vermuthung erregte, es sei eben jemand verunglückt und derselbe mache jetzt die trampschafteften Anstrengungen, um sich aus den wirbelnden Wogen zu retten. An der Brücke blieb jedoch der Körper hängen, wurde ans Land geholt und erwies sich hier als der Leichnam eines seit längerem vermissten Unterjägers, der wohl schon die ganze Zeit im Wasser gelegen war.

(Mißtrauensvotum an Dr. Roman.) Dem „Wanderer“ wird aus Laibach geschrieben: Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Anhänger der constitutionell-nationalen Partei, zu welcher sich namentlich die Jungslowenen bekennen, keine Freunde, sondern geschworne Gegner des Concordates sind, daß sie daher mit der clerical-nationalen Partei nicht durch Duld und Dumm gehen können; die Kundgebungen der verfassungsfreundlichen Slowenen im Abgeordnetenhaus und insbesondere die offenen Erklärungen des Herrn Svetec gereichten somit allen constitutionell gesinnten Slowenen zu großer Befriedigung. Und diese soll vorläufig ihren Ausdruck in einer an Dr. L. Roman gerichteten Mißtrauensadresse finden, welche von den an der Wiener Universität studirenden Slowenen aus Krain und Steiermark ausgeht. Dieselbe ist am letztverfloffenen Montage in Wien beinahe einstimmig beschlossen worden. Dem Dr. Roman wird darin insbesondere zum Vorwurf gemacht, daß er im Abgeordnetenhaus für das Concordat gestimmt.

(In Bezug auf das „Eingefendet“ in der „Laibacher Zeitung“ vom 2. November l. J. Nr. 252) von einem „Freunde alter Baudenkmale“ erhalten wir von dem Herrn Pfarrer in Zauchen eine Erwiderung, aus welcher wir das Wesentliche nachstehend mittheilen: „Der Freund alter Baudenkmale scheint weitfichtig, in der Nähe aber blind zu sein, indem er die Uebertünchung der Fasilkirche St. Cunigundae zu Tabor aus den Fenstern des Schlosses Kreutberg, welches fast eine halbe Stunde Weges von der obgenannten Fasilkirche entfernt ist, bemerkte, dagegen aber die weiße Färbung an der Eingangsfrente eben dieses alterthümlichen Schlosses und alten Baudenmales nicht gesehen zu haben scheint. Warum hat man diese Fronte übertüncht? Höchstwahrscheinlich darum, um die an derselben vorgenommenen Ausbesserungen unkenntlich zu machen. Eben dies war auch der Fall bei der Fasilkirche zu Tabor. Man ist aber immer bereitwillig, sowohl der Kirche als dem Kirchturme anstatt des weißen Kleides einen mehr alterthümlichen Anzug zu geben, jedoch nur auf Kosten des „Freundes alter Baudenkmale.“ Daß aber die Streithürme nebst der Ringmauer von der weißen Färbung verschont geblieben sind, erklärt sich dadurch, daß mit Bewilligung der gnädigen Gräfin v. Thurn, als Besitzerin des Gutes Kreutberg, auf dessen Grunde die Fasilkirche St. Cunigundae steht, die Streithürme sammt der Ringmauer wegen Bauunfähigkeit, insbesondere auf der Seite gegen Süden, bis zur Höhe von beiläufig einer Klafter abgetragen worden und die dadurch gewonnenen Bausteine mit Erlaubniß der genannten gnädigen Gräfin verkauft und der daraus gelöste Geldbetrag für die Kirche verwendet worden ist. Somit konnten die Streithürme nebst der Ringmauer, die der „Freund alter Baudenkmale“ nur noch in seiner Phantasie gesehen, auch beim besten Willen nicht übertüncht werden. Die bestimmten jährlichen Einkünfte obgenannter Fasilkirche belaufen sich laut Kirchenrechnung vom Jahre 1866 auf 22 fl. 79¹/₂ kr. ö. W., die kaum hinreichen, die gewöhnlichen jährlichen Ausgaben zu bestreiten. Für die Erhaltung derselben im guten Bauzustande ist sonach kein Fond vorhanden.“

(Theater.) Raimund's „Diamant des Geisterkönigs“ übte verflossenen Samstag eine Zugkraft, welche wir zum wesentlichen Theile auf die Beliebtheit des Beneficianten, Hrn. Müller, zurückführen müssen. Das Haus war in allen Räumen überfüllt und begleitete die harmlosen Späße der Raimund'schen Geisterwelt mit herzlichem Lachen. Die Ausstattung war recht hübsch und die Aufführung sehr gerundet, und war es vor allem Hr. Müller als Florian, der durch seine köstliche trodene Komik und gelungenes Extemporiren durchgreifenden Erfolg erzielte. Nicht minder verdienstlich war Hr. Krossel als Geisterkönig und unsere beliebte Localjägerin Fr. Podhorsky-Keller als Mariandl. Die kleine Nagel hielt ihre maiden-speech als Postillon so gut, daß sie gerufen wurde. Und so war denn alles gut, und Raimund's menschenfeindlicher Geist selbst hätte sich an der allgemeinen Heiterkeit erwärmen müssen.

Correspondenz.

× Bippach, 14. November. Am 1. d. M. geriethen hier italienische Maurer ob Zahlungsdifferenzen in Streit, griffen zu Steinen und Messern und schlugen einem Polker drei Rippen ein, während ein Maurer fünf Schnittwunden in der Gesammllänge von genau vier Schuh erlitt, zu deren Vereinigung 75 Paar Näfte nothwendig waren. Ein anderer Maurer erhielt eine Wunde von 11 Zoll Länge.

(Feuersbrunst.) Aus Greifenburg (Kärnten) berichtet die „Klagenf. Ztg.“, daß der Ort am 14. d. von einer verheerenden Feuersbrunst heimgesucht wurde. Das Feuer brach Nachmittag in der Behausung eines Lederers aus, und binnen wenigen Stunden war der ganze Ort mit Kirche, Pfarrhaus und Schule bis auf wenige Häuser ein Opfer des fürchterlichen Elementes.

Einladung.

Zur Feier des Allerhöchsten Namensfestes Ihrer k. apostolischen Majestät der Kaiserin Elisabeth, obersten Schutzfrau des „Elisabeth-Kinderospitals“ in Laibach, wird Dienstag den 19. Nov. 1866, 10 Uhr Früh, in der deutschen Kirche eine h. Messe gelesen werden, wozu hiemit die geziemende Einladung an alle P. T. Schutzfrauen, Gründer, Wohlthäter und Freunde dieses humanen Institutes ergeht.

Vom Verwaltungsrathe des Elisabeth-Kinderospitals.

Dr. G. S. Costa
Obmann.

Eingefendet.

Der Opernrecensent der „Laibacher Zeitung“ an die „vielen täglichen Theaterbesucher.“
Zbr „Eingefendet“ in der Nummer 264 der „Laib. Ztg.“ legt mir die Pflicht auf, einen Gegenstand zu berühren, der bisher aus verschiedenen Rücksichten nicht vor die Oeffentlichkeit gebracht wurde. „Viele tägliche Theaterbesucher“ machen mir den Vorwurf der Parteilichkeit, weil ich die Leistungen der Sänger nicht nach ihren Anschauungen beurtheile, sondern mir herausnehme, meine eigene Meinung zu haben, welche vielleicht die richtigere ist. Daß ich jederzeit Wohlwollen und Schonung gegen die Bühnemitglieder geübt und mich nur auf die nothwendigsten Mängel beschränkt habe, kann mir unmöglich zum Vorwurfe gemacht

werden, denn wollte ich einen strengen Mastab anlegen, so dürften die Berichte über Opernvorstellungen seltener befriedigend lauten, was weder den Wünschen der Sänger, noch jenen des Herrn Theaterdirectors entsprechen würde.

Darauf erwidere ich, daß die Herren Einsender jeder in seinem Fache recht tüchtig sein mögen, daß mir aber diese Aeußerung genügt, um ihre völlige Incompetenz in diesem Gegenstande außer Zweifel zu stellen.

An meine Herren Wähler!

Gegenüber vereinzelten Bemerkungen über meine Haltung im Reichsrathe hielt ich es nicht für nöthig, mit einer Erklärung vor meine Wähler und Landsleute in Krain zu treten; nachdem jedoch die „Novice“ — das Organ der nationalen Partei und „jener Majorität, welche mich in den Reichsrath entsendet“ — in Nr. 46 direct gegen mich aufgetreten ist, scheint es mir Pflicht, offen und unumwunden mich vor meinen Landsleuten auszusprechen.

Der Hauptgrund für die bezeichneten Angriffe liegt darin, daß ich für das Staatsgrundgesetz über die „allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ — für die Aenderung des „Grundgesetzes über die Reichsvertretung“ — und endlich für das „Schulgesez“ im Reichsrathe gestimmt, für letzteres auch gesprochen habe.

Was die „Verfassungsfrage“ betrifft, kann ich mich um so leichter kurz fassen, als mein College im Reichsrathe Herr L. Svetec in Nr. 44 der „Novice“ die Art der Abstimmung von formeller und meritorischer Seite beleuchtet und begründet hat.

Bezüglich der Concordats-Frage bemerke ich, daß diese vom slovenischen Club, sowie von allen anderen Clubs, als „freie Frage“ erklärt worden ist, daß daher ein jeder Abgeordneter unbehindert so stimmen durfte, wie er es nach seiner eigenen Ansicht für entsprechend erachtete, und kann dießfalls niemand von dem Club, dem er angehört, zur Rechenschaft gezogen werden.

In formeller Beziehung ist also mein Verhalten im Reichsrathe in allen Fragen ein vollkommen correctes — und bedarf daselbe nach dieser Darstellung des Sachverhaltes keiner Rechtfertigung.

Allein auch in Bezug auf das Meritorische dieser Fragen bin ich von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ich im Interesse Oesterreichs und im Interesse meiner Heimat Krain gehandelt habe.

vom 11. Jänner 1867 und mein Programm vom 7. Jänner 1867 gegenüber halte, so besteht für mich kein Zweifel, daß ich „dagegen“ nicht stimmen durfte. Ist denn nicht darin die vollste Gleichberechtigung aller Nationalitäten, wie sie eben im oben erwähnten „Aufruf“ so scharf betont wird, bestimmt und klar ausgesprochen? und ist dieser Punkt des nationalen Programms nicht als erledigt zu betrachten?

Auch der zweite Punkt des nationalen Programms findet in den §§ 7, 11 und 12 des revidirten Gesetzes über die „Reichsvertretung“ Anerkennung und Geltung, indem darin die Landesautonomie nicht nur gesetzlich befestigt, sondern auch erweitert wird, wie es Herr Abg. L. Svetec in Nr. 44 der „Novice“ bereits nachgewiesen hat und was ich zu begründen jederzeit bereit bin.

Zu der Concordats-Frage bin ich der Ansicht, daß dieselbe mit der Nationalitäts-Frage in keinem Zusammenhange steht. Oder waren die Slovenen im Jahre 1848 bevor das Concordat abgeschlossen war, nicht „national“ gesinnt? waren sie nicht gut katholisch? Die katholische Kirche bedarf der Stütze des Concordates nicht; — deshalb bin ich für „freie Kirche im freien Staate“, — d. h. die Kirche sei befreit vom Drucke des Staates, und der Staat vom Drucke der Kirche.

Was speciell die „Schulfrage“ betrifft, so habe ich es in meiner Rede ausdrücklich betont: „ich bedauere es, daß die Phrase Erziehung der Schule von der Kirche so allgemein geworden ist.“ Ich setzte bei: „die Schule will nicht frei sein von der Kirche, sondern es handelt sich um die Frage: Soll die Leitung der Volksschule ausschließlich dem Clerus übertragen werden oder nicht?“

Ueber Krain habe ich in meiner Rede nur Folgendes und kein Wort mehr gesagt: „in dem Lande, das mich geschickt hat, kommt erst ab 1890 Einwohner eine Schule.“ — Wie kommt nun die „Novice“ dazu, mir zuzurufen: „Mit Rücksicht auf unser Schulwesen ist alles das, was er (Krain) über die Uebelstände in der Volksschule gesprochen hat, ein großes Unrecht, das er unserer Geistesfreiheit zufügt.“

Schließlich findet sich die „Novice“ gekränkt, daß ich mich über Moskau scharf ausgesprochen habe. Ich will mich nicht in eine Polemik mit der „Novice“ darüber einlassen, und zeige mich auch durch manchen nicht eben fein angebrachten Stich nicht verlezt (es dürfte sich ja vielleicht einmal bessere Gelegenheit bieten, darüber zu sprechen); — aber frei und offen erkläre ich: Nachdem in verschiedenen Zeitungen über das Abzingen der russischen Volkshymne in Laibach und über ähnliche Unüberlegtheiten berichtet worden, habe ich mündlich und brieflich gegen „Führer“ der slovenischen Partei den Wunsch ausgesprochen, das Organ der nationalen Partei in Krain — die „Novice“ — möge sein Bedauern und seine Mißbilligung über derlei Vorkommnisse aussprechen, damit es nicht heiße: „Wer schweigt — stimmt zu.“

Ich bedauere es, daß eine nicht genügend überlegte Provocation der „Novice“ mir die Pflicht auferlegte, mein Schweigen zu brechen; aber ich halte es als meine Pflicht, gegenüber meinen Wählern und Landsleuten diese Aufklärungen zu geben. An diese Aufklärungen knüpfe ich nur den Wunsch an: möge auch in Krain die Ansicht an Verbreitung gewinnen, daß die Wohlfahrt unseres Gesamtwaterlandes Oesterreichs, sowie die Wohlfahrt unserer Heimat nur unter den Segnungen bürgerlicher, politischer

und religiöser Freiheit sich entfalten kann und wird — daß allseitig jetzt das ehrliche Streben vorhanden ist, allen Bürgern Oesterreichs diese Segnungen zu verschaffen und dauernd zu sichern.

Wien, 15. November 1867.

Dr. K. Lun, Reichsrathsabgeordneter.

Telegraphische Wechselcourse vom 16. November.

5perc. Metalliques 57. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.60. — 5perc. National-Anlehen 66.50. — Bankactien 688. — Creditactien 182.70. — 1860er Staatsanlehen 83.10. — Silber 121.25. — London 123.10. — R. L. Ducaten 5.86.

Geschäfts-Zeitung.

Nationalbank. Der letzt ausgegebene Wochenanweis über den Stand der Nationalbank zeigt gegen die Vorwoche folgende Veränderungen: Der Banknotenumlauf (254,540,380 fl.) nahm um 342,860 fl. zu; die im Besitze der Bank befindlichen Staatsnoten (1,953,519 fl.) vermehrten sich um 399,146 fl. Der Escompte (81.5 Millionen) verminderte sich um 1,930,258 fl., der Lombard (25.4 Millionen) um 26,900 fl. Der Metallschatz (103,782,417 fl.) vermehrte sich um 488 fl.; die in Metall zahlbaren Wechsel (45,032,417 fl.) nahmen um 10,912 fl. zu.

Laibach, 16. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 40 Ctr. 80 Pfd., Stroh 60 Ctr. 85 Pfd.), 40 Wagen und 7 Schiffe (40 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Includes items like Weizen pr. Megen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfucht, Heiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linfen, Erbsen, Kholen, Rindschmalz, Schweineschmalz, Speck, frisch, geräuchert, Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Händel pr. Stück, Tauben, Heu pr. Zentner, Stroh, Holz, hart, pr. Kfst., weiches, Wein, rother, pr. Eimer, weißer.

Ungekommene Fremde.

Am 14. November. Stadt Wien. Die Herren: Veit, Kaufm., von Brunn. — Pongraz, von Graz. — Kom, Berr., von Rann. — Kastellk. Kaufm., von Matera. — Freih. v. Lutteroth, k. k. preuss. Generalconsul, von Trieste. — Oberkircher, k. k. Forstmeister, von Idria. — Frau Baronin v. Lutteroth, von Wien. Elephant. Die Herren: Segnani, Handelsm., und Neustetter, von Trieste. — Weiß, Handelsm., von Ofen. — Mihailowitsch, von Agram. — Wolf, acad. Maler, von St. Veit. — Sejan, — Dr. Lofar, Notar, von Wipach. — Bademann, Ingenieur, und Dr. Gausler, Districtsphysiker, von Stein. — Ritter, von Graz. Baiertischer Hof. Die Herren: Reusp, Major. — Dietrich, Bäckermeister, von Adelsberg. Mohren. Herr Seitingner, von Wien.

Briefkasten der Redaktion.

Herrn K. in Wipach: Mittheilungen über Thatsächlichkeiten sind uns stets willkommen.

Theater.

Heute Montag:

Faust.

Oper in 5 Acten von Gounod.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 10 columns: Date, Time, Barometer, Wind, etc. Includes data for Nov 16 and 17.

Durch beide Tage Sciroccoströmung anhaltend. Starke Schwigen der Steine. Regen mit Unterbrechungen. Wollendecke meist geschloffen. Kein Sonnenblick.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayer.

Börsenbericht. Wien, 16. November. Zinstragende Staatsfonds kaum verändert. Industrie-Actien größtentheils höher.

Table with 3 columns: Description, Amount, Price. Includes sections for A. des Staates (für 100 fl.), B. der Kronländer (für 100 fl.), and C. der Privatbanken.

Table with 3 columns: Location, Interest Rate, Price. Includes sections for Geld Waare, Actien (pr. Stück), and Wechsel.

Table with 3 columns: Description, Amount, Price. Includes sections for Nationalbank auf 5%, Nationalb. auf 3%, and Wechsel (für 100 fl.).

Table with 3 columns: Description, Amount, Price. Includes sections for Wechsel (3 Monate), Cours der Geldsorten, and Wechsel (für 100 fl.).